

Rostock: Mieterbund drängt auf Bau von mehr Sozialwohnungen

ndr.de



Stand: 27.06.2025 07:07 Uhr

Jährlich fallen viel mehr Sozialwohnungen weg, als durch Neubau hinzukommen. Es gebe zehnmal mehr Anspruchsberechtigte als Sozialwohnungen, bemängelt der Mieterbund und fordert auf seiner laufenden Tagung in Rostock einen Kurswechsel.

Der Deutsche Mieterbund (DMB) sieht dringenden Handlungsbedarf, um ein weiteres Schrumpfen des Sozialwohnungsbestandes abzuwenden. Der Bestand sei seit Jahren dramatisch rückläufig und habe sich seit 2006 fast halbiert. Bundesweit gebe es heute nur noch rund 1,1 Millionen Sozialwohnungen, aber mehr als elf Millionen Mieterhaushalte mit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein und damit auf eine Sozialwohnung. So heißt es in dem 13-seitigen Leitantrag zum 71. Deutschen Mietertag in Warnemünde. Darin fordert der Verband unter anderem ein von der Schuldenbremse ausgenommenes Investitionsprogramm für den bezahlbaren Wohnungsbau. "Bund und Länder müssen insgesamt 12,5 Milliarden Euro pro Jahr für den sozialen Wohnungsbau und den Bau bezahlbarer Mietwohnungen für Normalverdienende zur Verfügung stellen", lautet eine Kernforderung des Antrags, den die rund 400 Delegierten am Freitag debattieren und beschließen wollen.



40.000 Sozialwohnungen fallen jährlich weg

Zudem müsse die Mehrwertsteuer für den Neubau von Sozialwohnungen auf sieben Prozent gesenkt werden oder ganz entfallen. Zwar würden im Schnitt rund 25.000 geförderte Wohnungen pro Jahr neu gebaut, zugleich verlören aber etwa 65.000 solcher Wohnungen ihren zeitlich begrenzten Status als Sozialwohnung. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt im Schnitt also kontinuierlich um rund 40.000 Wohnungen pro Jahr. Der Bestand an Sozialwohnungen muss aus Sicht des DMB bis zum Jahr 2030 von derzeit 1,1 Millionen auf möglichst zwei Millionen aufgestockt werden. Dafür sei ein Neubau von jährlich 100.000 dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen nötig.

Wechsel an der Verbandsspitze

Auf dem 71. Deutschen Mietertag wurde zudem Melanie Weber-Moritz (51), zur neuen hauptamtlichen Präsidentin gewählt. Nach eigenen Angaben sind rund 1,25 Millionen Haushalte Mitglied, das sind etwa drei Millionen Mieter. Die neue Chefin wolle sich dafür einsetzen, die Mieten wieder bezahlbar zu machen. "Denn Wohnen ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsgut", hieß es. Der bisherige Präsident Lukas Siebenkotten scheidet nach 18 Jahren aus dem Amt. Am Freitag wird zudem die neue Bundesbauministerin Verena Hubertz (SPD) in Warnemünde erwartet.

